

Volksstimme

Einzelnummer 30 Bfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Frankenstr. 17.
Telefon: 602. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Streise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: G. Engelmann, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telefon: 5407. Postfachkonto Leipzig Nr. 8753

Nr. 3

Preis: Durch den Verleger jährlich monatlich 6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Mitglieder 5,50 Mk. Durch Zahlung im Voraus 12. — monatlich 6,00 Mk. einschließlich Porto.

Halle, Mittwoch, den 5. Januar 1921

Abnehmerliste: Die Abnehmerliste, abgesehen von den Mitgliedern 60 Bfg., bezüglichen Bestellungen in Leipzig, ist gegen 2,50 Mk. Schluß der Abnehmerliste für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Der drohende Eisenbahnerstreik.

Aufruf der Eisenbahnerverbände.

Der Sachverständigen-Ausschuß der unterzeichneten Verbände erläßt folgenden Aufruf:

An die Eisenbahner!

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen der Eisenbahner-Organisationen sind am Montag, dem 3. Januar, aufgenommen worden und werden am Mittwoch, dem 5. Januar, im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenzen der Möglichkeit alles zu tun, um die Forderungen der Beamten und Arbeiter zu befriedigen. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit beiden Kräften zu beschleunigen und im Besonderen mit den Arbeitern so rasch wie möglich eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorzugsweise verhandelt wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, das Zustandekommen bestehender Vereinbarungen jetzt nicht zu lässeln und selbst Aktionen zu unterlassen. Möchte es zu solchen kommen, so zufen die unterzeichneten Organisationen rechtzeitig dazu auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Deutscher Eisenbahnerverband.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter.

Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter. Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Unter Ausschreibung der Provinz Sachsen, Gen. Dörning, hat folgenden Aufruf erlassen:

An die Bevölkerung der Provinz Sachsen!

Seit einiger Zeit stehen die Beamten der Reichseisenbahnen in erster, für zuspühender Gehalts- und Lohnbewegung. Die Forderungen der Beamten und Arbeiter werden von allen Organisationen, von denen die gesamte Beamten- und Arbeiterschaft der Reichseisenbahn teillos erfaßt ist, einheitlich vertreten. Diese Organisationen sind: Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter, der Deutsche Eisenbahnerverband und die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbeamten. Sie haben unter Berufung auf die Unterlagen zum Nachweis ihrer Berechtigung, daß die meisten Beamten unter dem Existenzminimum bezahlt werden, ihre Forderungen der Reichsregierung vorgelegt.

Die Eisenbahnbeamten in der Provinz Sachsen haben ferner bei der im ganzen Reich erfolgten Abstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit über die faktarisch festgelegte Zweidrittelmehrheit ihren Willen dahin kundgegeben, daß sie auch für sich das in der Reichsverfassung verbriefte Streikrecht behufs Durchföhrung einer wirtschaftlichen Lohnbewegung in Anspruch nehmen. Nach mir zugegangenen glaubwürdigen Mitteilungen ist die Abstimmung im ganzen Reich in demselben Sinne und Ausmaße erfolgt.

Es ist nicht meine Aufgabe, Stellung zu nehmen zu den Forderungen und Rechtsauffassungen der Organisationen der Reichseisenbahnen; jedoch muß ich als der verantwortliche erste Verwaltungsbeamte in der Provinz Sachsen Stellung nehmen zu den in der Provinz aufzutretenden Versuchen, diese reine Lohnbewegung der Eisenbahnerorganisationen, deren Mitglieder den verschiedensten politischen Parteien angehören, als politische Bewegung, und zwar als eine kommunistisch-sozialistische, hinzustellen und die Führer der Organisationen als kommunistische Heher und Drahtzieher zu beschimpfen und zu denigieren. Eine betriebliehe Verleumdung ist gewissenslos, ja verwerflich, denn durch dieses in letzter Zeit zum Motio werdende Treiben wird eine floride Erregung hervorgerufen, die zu Ruhestörungen und Zusammenstößen führen kann. Außerdem wird einigen kommunistischen Schreibern eine Bezeichnung beigelegt, die diese Deutschen gar nicht haben und für sich in Anspruch nehmen können. Man jüchtet geradezu Kommunisten, wenn man die Gewerkschaften und deren Führer beschimpft und ihnen die ungläublichsten Motive und Absichten, wie Sabotage usw. unterstellt.

Ich weiß, daß auch dieser Lohntampn nur nach itrenn gemeinschaftlichen Grundzügen geführt werden wird. Alle Heilsporne und Heher, die feilschliche politische Rebenzweige verpflanzen, werden abgehackt und alle distinktionen und zu Fußfassen neigenden Elemente, aus welchem Lager sie auch stammen mögen, werden niedergeboren.

Die Organisationen haben mit Entschiedenheit den Vorwurf der Sabotage und den Vorwurf der Verquickung der Lohnbewegung mit parteipolitischen Zielen zurückgewiesen.

Ich erachte es für meine Pflicht, die Bevölkerung in diesem Sinne aufzuklären, es liegt in aller Interesse, die Führer der Eisenbahnerorganisationen in ihrem Bestreben, jeden Ruf, wilden und planlosen Streik zu vermeiden, die Beamten und Arbeiterschaft zur Ruhe und Besonnenheit anzuhaken, zu unterstützen. Ich bin überzeugt, daß bei Kenntnis dieser Sachlage diese meine Mahnung der Provinz

Sachsen nicht nur von den staatlichen Behörden, sondern auch von jedem einzelnen, insbesondere auch von der Presse verständnisvoll aufgenommen werden wird.

Mit den Führern der Eisenbahner wünsche ich, daß die Verhandlungen in Berlin ein Ergebnis zeitigen, daß der Streik vermieden werden kann. Sollte er aber nicht zu umgehen sein, dann bitte ich die Eisenbahner, sich eine junge Organisation Ruhe und Ordnung halten, die Eisenbahnanlagen schützen und Diebe, Vandalen usw. von den Anlagen fernhalten kann.

Der Bevölkerung der Provinz Sachsen aber muß ich sagen: Die Reichsregierung und die Eisenbahnerorganisationen suchen nach einem Wege zur Vermeidung des Streiks. Sollte dieser Weg nicht gefunden werden, was ich nicht wünsche, es zu einem Streik kommen, dann bitte ich die Bevölkerung, die Behörden dadurch zu unterstützen, daß die Beordnung von den Bahnanlagen fernbleibt, Ruhe und Ordnung nirgends gefährdet wird.

Ich bin nicht gelonnen, auch nur eine Stunde Ungehorsamkeiten zu dulden. Ich würde es sehr bedauern, wenn unbesonnene Elemente mich in die Lage brächten, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Halle, den 4. Januar.
Gen. Dörning, Oberpräsident.

Die sachsenländischen Eisenbahner zum Streik.

Während der Verhandlungen über die Forderungen der Eisenbahner, welche Eisenbahner durch die Provinz Sachsen vertreten werden, keine Abstimmung unter den Eisenbahner stattgefunden hat. Die Eisenbahner stehen auf dem Standpunkt, daß sie sich gewissermaßen als memeländische Beamten betrachten und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Memelgebietes nicht in den Streik eintreten würden.

Gorki unter Polizeiaufsicht.

Diese Meldung geben wir nur unter Vorbehalt wieder, da bis ihre Richtigkeit nicht kontrollieren läßt:

Kopenhagen, 4. Januar. „Berlingste Tidende“ meldet aus Helsingfors, das Exekutivkomitee in Moskau hält Maxim Gorki unter ständiger Bewachung, da man befürchtet, daß er den Versuch machen werde, aus Rußland zu flüchten. Alle Personen, die Gorki besuchen wollen, müssen den Behörden den Grund dieses Besuches und die Neugierungen Gorkis mitteilen.

Ein finnischer Gelehrter über Rußland.

Kopenhagen, 4. Januar. (B.T.S.). Die „Berlingste Tidende“ meldet aus Helsingfors: Der finnische Geologe Dr. Hans Hanen, der sich im Jahre 1918 auf einer wissenschaftlichen Expedition nach der Mongolei begab, ist jetzt nach reicher Erlebnissen nach Finnland zurückgekehrt. Gegenüber einem Vertreter des Blattes „Hufvudstämbladet“ teilte er über seine Eindrücke vom Bolschewismus mit, es sei seine Überzeugung, daß der Bolschewismus früher oder später zusammenbrechen müsse. Er könne sich die Möglichkeit nicht denken, daß eine Entwicklung Platz greife, die allmählich die Leninischen Staatsformen umfalten und festigen würde. Es müsse einmal eine Erhebung kommen, die die jetzigen Machtverhältnisse stürze. Moskau macht den Eindruck einer ausgeplünderten Stadt. Dr. Hanen befand sich in Irkutsk, als Admiral Koltschak von den Russen hingerichtet wurde. Die Abteilung Soldaten, die Koltschak erschießen sollte, weigerte sich zunächst dem Befehl nachzukommen. Schließlich gelang es, die Soldaten zum Gehorsam zu zwingen. Auf die Hinrichtung Koltschaks folgte ein härterer Massenmord an allen Koltschak-Anhänger. Diese wurden entweder niedergeboren, wo man sie traf, oder sie verschwanden spurlos in den finländischen Steppen.

Der Wiederzukunftszeit der Finanzkonferenz verschoben.

Brüssel, 4. Jan. Wie hier verlautet, wird die Finanzkonferenz, die am 11. Januar wieder zusammenzutreten sollte, ihre Verhandlungen erst einige Tage später wieder aufnehmen, um den Delegierten für die Ergänzung ihres Materials genügend Zeit zu lassen.

Scheidemann an die Dorthö-Denker.

Kassel, 4. Januar. Genosse Scheidemann, der von den führenden Genossen in Ungarn über die dortigen Zustände informiert ist, hat an den ungarischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm geschickt:

Präsident ungarischer Ministerium Budapest!
Die Todesurteile gegen frühere Volkskommissare erzeugen Entsetzen, erwecken aber auch Empörung bei der alle Gewalttaten abnehmend sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Politische Einsicht und Gefühl der Menschlichkeit sprechen gegen Vollziehung der Urteile. Anschläge mich allen, die gegen diese Urteile ihre Stimme erheben.
Scheidemann, Reichstagsmitglied.

Am Grabe Bethmanns.

Der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreichs, der Kanzler des Weltkrieges hat mit seinem ruhigen Tode ein mitfühlendes Echo in der gesamten Presse erweckt, das von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten fast das gleiche Zeugnis: Ein anständiger, braver Mensch, aber ein verhängnisvoll unzulänglicher und unfähiger Kanzler. Das ganze Deutschland, das am 1. August 1914 begann und in dem Deutschland heute liegt, tiefer als je zuvor, spricht aus diesem Verdammungsurteil.

Ob es auch gerecht ist? Man muß sich einmal die Frage vorlegen, wie die Welt wohl über Bethmann urteilen würde, wenn es ihm gelungen wäre, was er erstrebte. Bethmann hätte vor dem Unterzeichnungsausschluß des Reichstages in letzter Linie die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie für die allein mögliche und die allein richtige angesehen. Er habe gewünscht, daß Deutschland und die deutschen Sozialdemokraten allein mögliche und die allein richtige angesehen. Er habe gewünscht, daß Deutschland auf große Eroberungen nicht rechnen könne und habe stets einen Verständigungsfrieden angestrebt. Erst im Laufe des Jahres 1917 habe sich die Mehrheit des Reichstages in seinem Standpunkte befestigt, und in dem Augenblicke, in dem er für seine Politik zum ersten Male eine feste Basis gehabt habe, sei er gefürchtet worden. In dieser Richtung ist etwas Wahres, und es ziemt der Sozialdemokratie umso mehr, die Tragik in Bethmanns Geschick anzuerkennen, als sie selbst dergleichen Tragik unterliegt. Als die Sozialdemokratie sich entschloß, die Kriegstreiber zu bemitleiden, da lehnte sie mit der größten Klarheit und Bestimmtheit jede Unterstützung einer imperialistischen Kriegspolitik ab. Die Sozialdemokratie hat mit dieser Entscheidung auch nach unserer heutigen Überzeugung das Richtige getroffen. Die Unabhängigen, die geträumt hatten, daß die westlichen Demokraten nur einen ehrlichen Weltfrieden, nur eine Überwindung des Wettrennens, nur den Sturz der Autokratie in der ganzen Welt wollten, haben sich schmählich getäuscht. Der Entschluß der Sozialdemokratie hätte das deutsche Volk retten können; er war der rascheste Weg, der einzige Weg zu einem erträglichen Frieden, unter dem die deutsche Arbeiterklasse weiter die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz hatte, die der Berliner Friede ihr raubt. Aber obwohl die Sozialdemokratie durch die Fraktion loyale bei Beginn des Krieges erklärte ließ, daß sie die Kriegstreiber nur zur Verteidigung und nur dem deutschen Volke, nicht den herrschenden Klassen zu Liebe bewilligte, ließen die Militärs nie zu, daß der Krieg als reiner Verteidigungskrieg geführt wurde, gestatteten sie — bis zum völligen militärischen Zusammenbruch — niemals, daß Deutschland den anderen Völkern feste Garantien eines ehrlichen Friedenswillens böte.

Wir wissen jetzt aus den Schilderungen der Stimmung in französischen Hauptquartieren, die von seinen Mitgliedern selbst veröffentlicht worden sind, daß die Entente damals sich sehr unglücklich gefühlt hat und daß, wenn überhaupt jemals während des Weltkrieges, so im Frühjahr und Sommer 1917 die Möglichkeit bestand, ihn ohne den Zusammenbruch zu beenden. Bethmann und die Sozialdemokratie haben es nicht erreicht; die Militärs haben durch ein Ultimatum den Kanzler gezwungen, und der Reichstag hat ihn in Vertretung der politischen Zusammenhänge mindestens nicht gehalten. Die Willkür des persönlichen Regiments hat zu seinem Nachfolger die Michaelsis und Hertling gemacht, aber die Namen taten nichts mehr zur Sache, die Friedensmöglichkeit war verpufft. So richtig an sich der Standpunkt der Sozialdemokratie war, daß ein Volk sich verteidigen muß, und sich nicht selbst preisgeben darf, so unmöglich erwies sich seine Durchführung bei der brutalen Einmischung der Militärs in die Politik, bei der vollkommenen politischen Blindheit des letzten Hohenzollern und bei dem Mangel an politischer Einsicht in weiten Kreisen des Volkes.

Bethmann soll es nicht nur persönlich ehrenhaft gewesen sein, er war es auch politisch. Selbst konfessionell, aus der alten Beamtenkultur kommend, ursprünglich entschiedener Gegner der Demokratie und des gleichen Wahlrechts, hat er doch während des Weltkrieges, wie im einzelnen schon vorher, die Zugewandtheit zu machen versucht, die allein das deutsche Volk als Einheit zusammenhalten und ihm die erfolgreiche Verteidigung ermöglichen konnten. Eigennutz der Junker, Uebermut der Generale, die ewige Karriere des letzten Hohenzollern hat sein Bemühen durchkreuzt, hat den verzögerten U-Boot-Krieg erzwingen und das deutsche Volk ins Verderben gestürzt. Bethmann war zu schwach, dem Unheil des Krieges und der Niederlage zu wehren. Zu Deutschlands Unglück war die Sozialdemokratie dazu auch nicht stark genug gewesen. Zum Unterschied von ihr hatte endlich Bethmann die Macht und trug formell alle Verantwortung. Der Kritiker seines Ministeriums kann nachträglich sagen, er hätte längst gegangen sein müssen. Aber er wußte, daß sein Abgang das Verderben nicht wenden, sondern nur beschleunigen könnte. So blieb er in der Hoffnung, das Schicksal zu wenden, aber schon niedergeboren von dem Bewußtsein, daß es unabwendbar sei. Das Reich der Hohenzollern war eben nicht zu

...und die Tragt liegt nur darin, daß sein Untergang ...

auch der Offizier. Der ihn vorher vernommen hatte und ...

mindestens unzeitige Wagnitzug des Ruders und des ...

Die Kriegsgeschichte bei der Bumba.

Wie das Kaiserlich-militärische Beschäftigung ...

Wer denkt dabei nicht an den Fall Paasche? Die Dar- ...

Das Spiel mit dem General.

Die in den letzten Wochen zwischen Deutschland und ...

Ein tolles Spiel. Braunschweig, 4. Jan. Wie die, Braunschweiger Landes- ...

Sollte sich diese vom Wolff-Bira herbeigeführte Meldung ...

So bekräftigt man Kappisten.

Bekanntlich verläßt der ebenso stille als ehrgeizige Ober- ...

Ein Kommunist erschossen.

In der Nacht vom 28. zum 29. Dezember wurde der ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Der Rettung der in Ungarn Verurteilten in Kassa. ...

Der General von Seest hat „Grundlagen der Erziehung ...

Der Leiter des Bundespolizeiamts abgelagt. Am 1. Januar ...

Nachschau von Getreidevorräten.

Georgische Schritte angebahnt.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mittelst, hat der preussische Staatsminister für Volksernährung folgenden Schreiben an die Kommunalverbände geschrieben:

Zur Durchführung der Anordnung auf Ausbruch von Brotgetreide und Getreide hat die Reichsgetreidestelle mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Nachschau von Getreidevorräten in den Kommunalverbänden in Aussicht genommen, da die hohen Anforderungen bei der vielfach vorhandenen Mangelzustand der Lebensmittel von besonderer Wichtigkeit sind, wenn der Landwirt nicht gleichzeitig vor Augen geführt wird, daß an den Ertrag der Anordnungen der freie Wille des Staates zu einer wirksamen Durchführung verknüpft ist.

Der Zweck der Nachschau ist die Feststellung von Vorräten an getrockneten und ungetrockneten Getreide. Die Nachschau soll sich nur auf diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe erstrecken, die mit der Produktion von Getreide beschäftigt sind.

Der Gang der Nachschau ist in folgender Weise gedacht: Die Reichsgetreidestelle bezieht ihren Oberbeamten je Kommunalverband, in denen die Nachschau erfolgen soll; gleichzeitig erhalten sie eine kommunalverbandsweise geordnete Liste der Erzeuger, die nach den Aufzeichnungen der Reichsgetreidestelle besonders schlecht geliefert haben. Die Oberbeamten stellen so viele Nachschauabteilungen zusammen, wie es ihr Amtsanstand erlaubt. Zur Bildung dieser Abteilungen sind die örtlichen Verbrauchsverbände und, soweit sie zur Verfügung stehen, auch die landwirtschaftlichen Erzeuger- und Landarbeitersverbände heranzuziehen. Als von Kommunalverbänden bereits bestehende Kommissionen aus der Einwohnerliste (Erzeuger, Verbraucher oder Landarbeiter) gebildet wird, die an der Erfassung des Getreides mitwirken, ist im Einvernehmen mit diesen vorzugehen.

Der Führer der Nachschauabteilung, sei es der Oberbeamte selbst, sei es ein ihm als besonders geeignet ausgemählter Außenbeamter der Reichsgetreidestelle, hat sich zunächst beim Kommunalverbandsleiter unter Vorlegung der ihm zur Vornahme der Nachschau erteilten Vollmacht zu melden. Er hat sodann an Hand der Erfahrungen des in dem betreffenden Kommunalverband häufig tätigen Außenbeamten der Reichsgetreidestelle und von der Reichsgetreidestelle aufgestellten Liste gemeinschaftlich mit der Kreisfarmhilfe (an Hand der Wirtschaftskarten) festzustellen, welche einzelnen Erzeuger der Nachschau zu unterziehen sind. Werden bei der Nachschau Vorräte an getrocknetem und ungetrocknetem Getreide festgestellt, so wird zweckmäßig folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Getrocknete Mengen sind, soweit sie der Abieferungspflicht unterliegen, nach Möglichkeit sofort in tatsächlichen Gewährung zu nehmen, in jedem Falle aber dem Kommunalverband und dem zuständigen Kommissionär mitzuteilen, damit diese für sofortige Erfüllung sorgen können. Ungetrocknete Vorräte sind durch Schätzung festzustellen. Es ist zu ermitteln, ob und von der Reichsgetreidestelle durch Unterschrift an dem Ort. Die festgestellte Menge wird dem Kommunalverband angezeigt.

Die Kommunalverbände werden angewiesen, für diese Mengen so kurze Ausdrucksfristen, wie es die wirtschaftliche Lage des einzelnen Falles irgend gestattet, gemäß § 5 Abs. 3 der Reichsgetreideordnung festzusetzen. Erfolgt der Druck innerhalb der festgesetzten Frist nicht, so hat der Kommunalverband sofort mit Zwangsausbruch vorzugehen.

In Fällen, in denen die Nachschauabteilung oder der Kommunalverband überzeugt ist, daß die bisherige Verpflanzung der Ablieferung ungenügend gewesen ist, ist der Zwangsausbruch ohne weiteres anzuordnen.

Zur Durchführung der Zwangsausbrüche haben grundsätzlich die Kommunalverbände die notwendigen Arbeitskräfte zu stellen. Für Bereitstellung mindestens eines arbeitsfähigen Dreifaches in jedem Kommunalverband ist von der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle, Abteilung „Betriebsmittel“, bereits gefordert worden. Für den Fall, daß Kommunalverbände die Bestellung von Arbeitskräften wider Erwarten nicht möglich sein sollte, werden von der genannten Abteilung der Reichsgetreidestelle eine Anzahl Druschkolonnen (von etwa je 20 Mann) bereitgehalten.

Die Führer der Nachschauabteilungen sind dafür verantwortlich, daß bei der Nachschau an überflüssigen Säcken in der Form der Nachschau, andererseits muß beachtet werden, daß etwa festgesetzter Widerstand unter allen Umständen in kürzester Frist gebrochen werden kann. Die Herren Regierungspräsidenten sind ersucht worden, hinreichende Polizeikräfte für diesen Zweck bereitzustellen und auf Anfordern der Kommunalverbände sofort einzusetzen. Im Falle des Widerstandes gegenüber der Durchführung der Nachschau sind daher seitens der Leiter der Kommunalverbände bei den Herrn Regierungspräsidenten sofort Polizeikräfte anzuordnen.

Ich erlaube die Kommunalverbände, in denen eine Nachschau seitens der Reichsgetreidestelle stattfindet, binnen zwei Wochen nach Beginn der Nachschau nur zu berichtigenden, welche ablieferungsrechtlichen Getreidemengen inzwischen festgestellt sind, welche Maßnahmen sie zur tatsächlichen Erfüllung dieser Getreidemengen getroffen haben und wie sich die Erfüllung selbst entwickelte. Im Auftrag:

Die Schlacht bei Jütland.

Man spricht in England wieder viel von der Schlacht bei Jütland, welche am 31. Mai zwischen der britischen und der deutschen Flotte ausgetragen wurde. Es wird nämlich darüber geschrieben, ob die damals angewandten Schiffsstärken und Aeroplane sich bewährt hätten und ob die jetzt zu bauenden Kriegsschiffe nach diesen oder anderen Modellen hergestellt werden sollen. Denn man will sich, wie wir wissen, fast zu neuen Geräten. Es war noch nicht genug! Die deutschen hiesigen Blätter bringen aus den englischen Veröffentlichungen umfangreiche Auszüge. Am 1. Juni berichteten die englischen Blätter über die Schlacht bei Jütland, welche in einem englischen illustrierten Blatt behandelt wurde. Die Engländer hatten zuerst, gleich nach der Schlacht, einen Bericht darüber herausgegeben, daß sie bei Jütland eine schwere Niederlage erlitten hätten. Die ihn in den Vereinigten Staaten befindenden englischen Zeitungen haben diese Angabe nicht weiter beachtet. Englische Agenten hatten die Mittel häufig zum Aufdecken. 24 Stunden später ist ein neuer Bericht erschienen, der die Niederlage wurde zu einem großen Sieg umgewandelt. Die Engländer hatten die deutsche Flotte von vielen Mitteln

entblüht und eingekesselt und es wurde die Grundlage mehr als eines großen Vermögens gelegt. Solche Resultate bezeugen sich aber nicht auf England allein. — Und die Matrosen schienen auf dem tiefen Meeresgrund ihren ewigen Schlaf.

Berliner Meinungen.

Zur Sitzungsfeier der Reichstageskammer.

Ein Schandmal unheimlicher Rohheit hat die Jagrome in Ruhland und den ehemals russischen Gebieten. Dort tobte sich die irreguläre Volkswut noch heute aus, bald gegen russische Bauern an der Wolga, bald gegen das Deutschtum in den ehemaligen Pilsenerprovinzen und fernab nach gegen das Judentum. Es ist schwer zu sagen, wieviel von diesen entsetzlichen Mordtaten auf das Schuldlosigste geheimer Drohzieher der Volkseigenheit kommt, wieviel auf das Konto blinder Volkshetze, die sich an den Millionen Einzelner zu wahrhaftigem Haß gegen ganze Bevölkerungsgruppen entzündet, bald im Baltikum, bald in der Ukraine, bald in Polen und Oberschlesien, bald im eigentlichen Rußland. Jüdische Delegation zur Friedenskonferenz

Die jüdische Delegation zur Friedenskonferenz veröffentlichte in ihrem zehnten Bulletin einige Urkunden über die ukrainischen Jagrome. Die Delegation schreibt: In allen jüdischen Rußlands bangen seit Jahresfrist Millionen Juden um ihr Leben. Nur in den dunkelsten Tagen jüdischer Inquisition waren Juden so grausamen Leiden ausgesetzt wie heute in der Ukraine. Schon die offiziellen Berichte der Ausschüsse des Roten Kreuzes besagen, daß Zehntausende jüdischer Menschen hingemetzelt, Hunderttausende vermurdet, mißhandelt, geküßelt, ihres letzten Hemdes beraubt, daß jüdische Frauen zu Tausenden dem nichischen Trieb wilder Horden geopfert werden. Greise sind in Massen verstümmelt, Hunderte unschuldiger Kinder in Städte geworfen worden. Die einzige Hoffnung derer, die diese Pein erleben, ist die Angst, die ihnen schnellen Tod gönnt.

Auf der Karlsbader Weltfriedenskonferenz berichtete der Angereicherter Jemlin über seine persönlichen Erlebnisse. „Das Jüdische ist den Juden verflucht. In Strömen floß Judentum. Ich wieder die Jagrome den den Schreibern übergeben. Man hat mich die Wut dazu (1) Die ersten schlichten Seelenmarter bewirte das Verbot, die Geborenen zu verlassen. Da vorher die Wägen eingezogen waren, konnte niemand an Notwehr denken. Vier Kleinfährte wurden völlig ausgeschlachtet. Die Gesamtzahl der gemordeten Juden betrug 188 000; ebenso groß ist die Zahl der hilflos hinterliebenden Waisen. Ein Drittel der ukrainischen Juden, die drei Millionen Seelen umfaßt, ist ins tiefe Elend gesunken.“

In Harlens „Zukunft“ schreibt ein Entnommener so zur Barbarei Einzelheiten von Frauen, die gemordet wurden, ihre eigenen Kinder zu zerstückeln und ihr Blut zu trinken, lebende Kinder zu begraben, von Schandungen der Frauen und Mädchen, daß die Feder sich kränkt, das Entsetzliche niederzuschreiben. Selbst aus dem Reichsbereich des Völkerverbundes, aus Polen, B. aus Odessa, wird von glaubwürdigen in Deutschland angekommenen Flüchtlingen von den Strömen des Blutes berichtet, das dort fließt.

Schon immer, durch alle Jahrhunderte, hat unschuldiges Blut, das die Erde trank, zum Himmel geschrien; aber der Weltkrieg und seine Folgen hat die Entmenschung auf ihren Tiefpunkt gebracht.

Notizen.

Austausch der russischen und der deutschen Kriegsgefangenen. Wie das „Berl. Tagebl.“ von zutändiger Seite erfährt, soll sich der Austausch der deutschen und russischen Kriegsgefangenen weiter programmäßig. Bis zum 31. Dezember 1920 sind von Rußland 29 000 reichsdeutsche und 70 000 nichtreichsdeutsche Kriegs- und Zivilgefangene zurückzuführen. Bis zum gleichen Zeitpunkt sind rund 128 000 Kriegsgefangene Russen in ihre Heimat zurückbefördert worden.

Aufgegebene Reise. Wie „Daily News“ meldet, hat Sonderzug seine Reise nach Berlin und Wien, die bei der von 2. Internationale veranstalteten Unternehmung über den Wiederaufbau dienen sollte, wegen der Arbeitslosigkeit aufgegeben.

Eine neue Ministerkonferenz der Allierten. „Temps“ teilt mit, daß die französische Regierung Telegramme an die Regierungen in London, Brüssel und Rom geschickt hat, um den Vorschlag zu unterbreiten, die Ministerpräsidenten möchten zwischen dem 7. und 12. Januar zu einer Beratung zusammenzutreten. Leguvas habe geäußert dem italienischen und englischen Vorkämpfer erklärt, welchen Wert er auf die Zusammenkunft lege.

400 Millionen Kredit. Das preussische Kabinett wird der verfassunggebenden Landesversammlung in allerhöchster Zeit eine Vorlage über einen Kredit von 400 Millionen Mark vorlegen, die zu Uebertreibungszwecken für den Wohnungsbau gemäß den Wünschen des Wohlfahrtsministeriums bestimmt sind. Für die Aufbringung wird der Anteilseigner befristet werden.

Man bemüht sich unnötig. Rektor und Deputation der Warburger Universität veröffentlichten gegenüber den Angriffen gegen die Warburger Studenten eine lange Ehrenklärung für die.

50 000 Arbeitslose in Kopenhagen. Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark belief sich bei Jahresfrist auf rund 50 000. Davon entfallen 18 000 auf Kopenhagen. In den letzten Wochen hatte sich die Zahl der Arbeitslosen um rund 10 000 erhöht.

In Wabington verurteilt Arbeitslose sich des Katholizismus zu bemächtigen. Die Polizei geriet über die Menge durch Stockschläge und nahm etwa 20 Verhaftungen vor.

Ein Vorkampfen in der Wälderwäschung. Nachträglich wird bekannt, daß es in einer der letzten Sitzungen des Völkerverbundes zu einem Zusammenstoß zwischen den Delegierten der Republik Columbien und Lord Robert Cecil kam, wobei der erstere dem Lord einen Faustschlag ins Gesicht gab. Durch das Deszendenten anderer Delegierter wurde ein regelrechter Vorkampfen verübt.

Parteinachrichten.

Eine Parteikonferenz des Bezirks Götting. tags am 2. Januar. Genosse Oberkeil gab einen Überblick über die Tätigkeit des preussischen Landtages und schärferte insbesondere die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den wichtigsten Gesetzesvorlagen. Er appellierte an die Parteigenossen, sich für die Wählbarkeit der Sieg der Sozialdemokratie bei den kommenden Reichswahlen zu leisten. Genosse Buchholz be-

sprach die Wichtigkeit und Fortschritt zur Schaffung von Selbstmitleid zur Bezeichnung der Wählbarkeit. Genosse Oberkeil befragte sich eingehend mit der Volkswirtschaft.

Es wurde beschlossen, Gemischten für den Wahlkampf in Umkreis zu gehen und die Ortsgruppen zu beschäftigen, die Hilfe dieses Vermögens an die Parteizentrale abzugeben. Unsere Redaktionen und Landtagsbesprechungen wurden beantragt, jede Veröffentlichung der Parteizentrale und Parteigenossen bis nach der Mitteilung in Oberhessen zu beschreiben. Eine Resolution des Parteivorstandes, die sich gegen die Parteizentrale und ihre Wählerarbeit, die zu einer weiteren Verschärfung der Arbeiterkassen geführt hat, merkt und die Parteigenossen und Genossen auffordert, dafür zu sorgen, daß bei den bevorstehenden Wahlen ein sozialistisches Votum erreicht, daß erst die höhere Gewalts für Republik und Freiheit schafft, wurde einstimmig angenommen. Eine andere Entschließung fordert mit Entschiedenheit die Durchführung des Vorkampfes I der Sozialistengesetzkommission. Eine weitere Resolution entzieht den oberhessischen Parteigenossen warme Grüße und spricht die Hoffnung aus, daß die Wählbarkeit in Oberhessen eine Entscheidung zugunsten der Deutschen Republik bringen wird.

Als Kandidaten zum preussischen Landtag wurde einstimmig aufgestellt: Hugo Oberkeil, Otto Fröhlich, Otto Buchholz, Rektor Simon, Franz Wegeländer, Emil Gumblich, Oswald Zillner, W. Keller, Gustav Wolf, Arthur Schäfer.

Gemeinschaftliches.

Die fünf Stuttgarter Punkte.

In einem Kartellbericht aus Liebenwerda in Nr. 1 der „Kartellstimme“ waren die fünf Stuttgarter Punkte erwähnt. Das Kartell hatte sich durch einen Beschluß darüber entschieden. Wir haben es bisher berichtet, unsere Mitglieder darüber aufzuklären, was es damit für eine Bewandnis hat. Wir holen es aus diesem Anlaß nach.

Die Disziplinierung Stuttgarter des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte Ende November vorigen Jahres Forderungen veröffentlicht. Erst am 3. Dezember nahm die Verwaltungsstelle Stuttgarter selbst in einer Generalversammlung zu diesen Forderungen Stellung. Die Disziplinierung, um der kommunikativen Geschäftsführer, hatte also, wie sich die Mitgliedschaft mit dem Aufzug beschäftigt hatte, diesen in die Welt gesetzt. Die Generalversammlung, die auf dem Delegiertenkongress aufgebaut ist, war von 820 Delegierten besetzt, von insgesamt 800, die die Generalversammlung bilden. Nach fünfjähriger Dauer stimmte die Versammlung gegen eine große Widerpart bei den der Disziplinierung aufgestellten Forderungen zu. Dafür stimmten ungefähr 110 Personen von 28 000 Mitgliedern der Verwaltungsstelle.

Die ursprüngliche Formulierung der besagten fünf Punkte lautete folgendermaßen:

1. Gegen den Mißbrauch und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.
2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse der in Arbeit Stehenden auf Kosten der Arbeitgeber.
3. Für die Beseitigung des Steuerabzugs, der Einziehung der Beiträge und großen Vermögens.
4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Betriebe, der Lebensmittelerzeugung und -verteilung durch Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.
5. Entzifferung der Organe und Bewaffung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Die in den Forderungen erwähnten Punkte, Sanktionierung des Mißbrauchs, Beseitigung der Arbeitslosigkeit usw., sind ohne weiteres berechtigt. Die mundbare Stillierung der Forderung 3, die ich hier nicht, als solle die Einziehung der großen Vermögens beseitigt werden, und die auch von den kommunikativen Tagessetzungen in derselben Form gedruckt wurde, ist später geändert worden, wie man aus dem Bericht aus Liebenwerda erfahren kann. Die unter Punkt 5 genannte Entzifferung der Organe kreht keiner ernstlicher an als Gen. Höfing, der Oberpräsident Sachsens. Von der Bewaffung der Arbeiter kann nur soweit die Rede sein, als sie in die Sipo entretten.

Aber das ganze Produkt soll ja nur den Zweck haben, Projekten für die Kommunisten zu machen. Bezeichnend ist, daß von der Sozialisierung der Bergwerke, der Schwerindustrie usw. nicht das geringste permerzt wird. An deren Stelle treten die neuen und doch schon abgedroschenen Schlagworte im Punkt 4.

Die „Freiheit“ schrieb damals, als diese Stuttgarter Forderungen aufkamen: „Wir können dieser Jüdischkeit nicht zugeben, daß die Parolenanbahnung der Stuttgarter nicht einmal Eigenbräuterei ist. Sie ist ein Ergebnis des Schwelges der Götzen an der Rührmaschine, die, wie wir schon berichtet, ihren Betrieb in eine Gewerkschaftliche Zentralstelle umgewandelt haben, denn die gleichen hohen Formeln stehen in zahlreichen Resolutionen wieder, die gegenwärtig in Gewerkschaftsversammlungen angenommen oder doch zum mindesten präsentiert werden, wo die kommunikativen Jellen bereits mit mehr oder weniger Erfolg am Werke der Zerstörung sind. Das Ergebnis der kommunikativen Gewerkschaftspolitik ist allerwärts das gleiche: statt Brot — Parolen.“

Auch unsere Mitglieder werden nun wissen, was sie von diesen fünf Punkten zu halten haben.

Soziales.

Die Reichsbeschlüssen über die Versicherung. In unserem geistigen Artikel mit dieser Überschrift muß es im letzten Absatz auf der 7. Zeile natürlich heißen: „innerhalb der letzten 24 Monate 26 Beiträge... gezahlt hat.“ Wir bitten dies zu beachten.

Aus aller Welt.

Angenehmer Bauernrat und Abgeordneter. München, 4. Jan. Gegen die von bayrischen Justizministerium verhängte Beschlagnahme des gesamten Vermögens des Abgeordneten und Gutbesizers Gomborfer in Paffenberg hatte dieser Widerspruch eingelegt. Der auf 1½ Millionen Mark lautende Arrestbefehl erfolgte, weil Gomborfer als Vorsitzender des Bauernrats, dem die Pferdeversicherungen in den Jahren 1918/19 Übertragungen waren, den Staat durch zahlreiche Unregelmäßigkeiten um 1½ Mill. Mark geschädigt haben soll. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit begannen heute vor dem Landgericht. Die Verurteilung der Entschädigung soll am 18. Januar erfolgen.

Heute Abend Protest-Versammlung

in Wildorfs Gesellschaftshaus, pünktlich 7 Uhr.
Segen den Terrorismus und die Schandurteile in Ungarn.
Keine Genossin, kein Genosse darf fehlen!

Partei-Angelegenheiten.

Jugendweibe.

Der Bildungsausschuß der S. P. D. beabsichtigt für diejenigen Kinder, die Eltern die Schule verlassen und deren Eltern unseren Zielen nicht feindlich gegenüberstehen, eine Jugendweibe zu veranstalten. Es werden auch Kinder auswärtig wohnender Eltern dazu eingeladen. Der Festlichkeit sollen neben dem Unterrichtsstadium für die daran teilnehmenden Kinder. Derselbe erfolgt durch Mitglieder der Arbeitgemeinschaft sozialistischer Lehrer und wird in nächster Zeit aufgenommen werden. Meldungen der daran teilnehmenden Kinder werden schon jetzt an das Parteisekretariat oder an die Redaktion erbeten.

Die Distriktsversammlungen in diesem Monat finden am Donnerstag, den 6. Januar, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen statt. Auf der Tagesordnung steht die „Karte Woch“, der Bergleichsvorschlag über das Volksblatt-Unternehmen und verschiedene andere wichtige Punkte. Kein Parteimitglied darf der Distriktsversammlung fernbleiben.

Die Distrikte 6, 7 und 7a hatten ihre Distriktsversammlung am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, im Bürgercafé, Bergstraße, ab. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Folgende Distrikte haben ihre Distriktslokale, wie nachstehend angegeben, gewechselt:
Distrikt 13 und 14. Tagungslokal Wildorfs Gesellschaftshaus.
Distrikt 1, 2, 3 und 4. Tagungslokal im Restaurant Reichert, Ecke Mansfelder Straße und Seitenstraße.

Jungsozialisten. Postansichtung Freitag, den 7. Jan., 6 Uhr abends in der Redaktion der Volksstimme.

Aus dem Stadtkreis.

Salle, 5. Januar 1921.

Ein Schandurteil erster Güte.

Neu Schwandauer Knüppelplatz.

Vor uns liegt ein selten schönes Probenzeugnis mit dem Titel „Das ist das Wochensblatt“. Für deutsche Art und deutschen Geist. Herausgegeben von Richard K. u. a. Die Nr. 45, Jahrgang 2 trägt die Überschrift: „Die jüdische Schandurteile in Ungarn“. Wir wissen nicht, wann diese Ausgabe „deutsches Geistes“ erschienen ist, dem Knüppelplatz hat sich wohlweislich gefügt auch nur bei einer Meldung oder Artikel ein Datum anzugeben. Sie enthält aber derartig gemeine Verleumdungen und niedrige Anschuldigungen gegen unsere führenden Genossen, daß wir uns wohl über übel mit diesem gemeingefährlichen Organ der mittelsten Mittelstufen und Antiklassen beschäftigen müssen. Ein Produkt des pathologischen Sinns der Antiklassiker im Deutschen Wochensblatt zieht gegen unsere Genossen Hirsing, Oberpräsident für die Provinz Sachsen, los. In ihm wird alles das in der bekannten „deutschen Art“ Knüppelplatz aufgeführt, was jemals gegen Gen. Hirsing von jener Seite an mißlichen Verleumdungen erbracht wurde. Dingt feigelegte Unwahrigkeiten deutschnationaler Agitatoren, tausendmal widerlegte Anschuldigungen werden hier einer unwillkürlichen Menge in einem Raugout als brüderliche Reuebeuten vorgelegt. Worauf beruft sich denn nun Knüppelplatz bei seinen Ver-

leumdungen, Man bedenke: Dieser edle, deutschnationaler Held beugt als Grundlage für seine Verleumdungen ein schamloses, polnisches Blatt, die „Oberjüdische Grenzzeitung“. Er tut fälschlich haben wir einen Briefwechsel zwischen unserem Genossen Hirsing und dem Abgeordneten der Volkspartei A. Kardosch veröffentlicht, worin letzterer in aller Form die in alle in einer öffentlichen Verleumdung ausgeprochenen Beschuldigung Hirsings wegen einer vermeintlichen Millioneneinkaufung zurücknimmt. An der ganzen Geschichte ist nicht ein Sterbenswörtchen wahr, doch das kümmerliche gerichtsamtliche Verleumdung nicht und sie werden aus künftig mit ihren Gemeinheiten auf den Gang gehen und Dumme für ihr leichtgläubiges Treiben stehen. Das ist für „deutsche Art“ und die „deutsche Art“ aber, um Knüppelplatz. Wenn dieser Mann auch fälschlich bei allen antijüdischen Vorkäufen abgeben ist, werden sich leider immer noch nach dem politischen Indifferent, Kreuze finden, die ihm glauben.

Wir konnten das erste Heft der „Deutschen Wochensblatt“ nur mit harten Erziehungsanordnungen lesen. Es gibt aber sogar noch Arbeiter, die sich in ihrem sinnlosen Kampf gegen die Sozialdemokratie ihre Argumente, gegen unsere Partei aus diesem Schmutzblatt holen. Ein solches Propagandamittel blieb den Kommunisten vorbehalten. Kommunistisch gefärbte Arbeiter waren es, welche mit dem „Deutschen Wochensblatt“ in der Hand für ihre Partei Propaganda trieben. Soweit ist heute schon die grenzenlose Verberbung der Proletarierkriegerischen durch kommunistische Agitatoren gelangt. Jeder auf Feindschaft haltende Mensch erkennt doch auf den ersten Blick die jüdische Genüßung, welche aus dem Anzeigenblatt ist. Kommunisten aber lassen sich in ihrem Haß gegen die S. P. D. davon einfangen. Oder war es wohlüberlegte Missetat?

Zur Elektrifizierung der Staatsbahn Magdeburg-Leipzig-Salle

Schreibt uns die Eisenbahndirektion Halle:

Die elektrische Jugaderungsanlage auf den Strecken Magdeburg-Leipzig-Salle und Wahren-Schönefeld, welche vor dem Kriege bereits teilweise dem Betriebe übergeben war, konnte während des Krieges nicht weiter betrieben werden, weil der größte Teil der Anlagen dem Besatzungsarmee zur Verfügung gestellt werden mußte. Die Wiederherstellungsarbeiten an den genannten Strecken wurden nach Beendigung des Krieges alsbald wieder aufgenommen und sind namentlich auf der Güterausstiegsstrecke Wahren-Schönefeld soweit vorgeritten, daß der elektrische Betrieb auf dieser Strecke demnächst aufgenommen werden kann. Vom 26. Januar ab werden daher die Fahrleistungen zwischen Wahren und Schönefeld unter Spannung abgeleitet. Die Sozialistische Wundenleinen-Bitterfeld steht bereits seit Februar 1920 unter Spannung, worüber letzerezeit eine besondere Bekanntmachung in der Tageszeitung erfolgt ist.

Die über den Gleisen hängenden Vorrichtungen führen hochspannigen Strom von 15000 Volt, die auf den Masten der Stromwerke längs der Bahnstrecken verlaufenden Speiseleitungen von 6000 Volt Spannung.

Wegen dieser hohen elektrischen Spannungen ist eine Verletzung der Leitungen, unbeschadet lebensgefährlich, auch dann, wenn sie nicht unmittelbar, sondern mit metallenen, den Strom leitenden Gegenständen erfolgt. Auch die Berührung mit hölzernen Stangen oder Schienen, namentlich in leuchtigen Zustände, kann sehr gefährliche Einwirkungen auf den menschlichen Körper haben.

Bei Arbeitsausübungen in unmittelbarer Nähe der Hochspannungsleitungen, namentlich beim Aufstellen von Leitungen, Arbeiten auf diesen und beim Befahren von Überwegen, ist daher besondere Vorsicht geboten. Auch erscheint es rätlich, Kinder und jugendliche, zu Metallteilen geneigte Personen, wiederholt auf

die Gefahr der Berührung der elektrischen Leitungen aufmerksam zu machen und namentlich darauf zu warnen, diese mit Fingern, Stangen oder sonst zu berühren.

Mit Rücksicht auf die große Lebensgefahr, welche für die auf hochbelasteten Fuhrwerken befindlichen Personen besteht, sind auch über allen Fahrzeugen, die den Bahnhöfen in Schönehöhe kreuzen, Warnungstafeln mit einer freien Durchfahrtsbreite von 4,30 Meter angebracht worden, um die Wagenfahrer auf die Gefahr der Berührung und zugleich auf die zulässige Anhöhe aufmerksam zu machen.

Selbstverständlich ist bei dem Bau der gesamten Anlage und der elektrischen Lokomotiven größte Sorgfalt, doch für Reisende nicht die geringste Gefahr besteht.

Die Antriebsleistung weiterer Streckenabschnitte wird jeweils besonders bekanntgegeben werden.

Hermann Scheib, ein alter Kämpfer in der hiesigen Arbeiterbewegung ist am 2. Januar nach kurzem Krankenlager gestorben. Schon unter dem Sozialistengeleit war er für die Bestrebungen der Arbeiter tätig gewesen. Oft genug hat er im vorbereiteten Treiben gestanden. Im Jahre 1917, bei der Spaltung der Partei, ging er in des Lager der Unabhängigen. Nach dem jetzigen Parteitag magie er den Abmarsch in den Kommunisten nicht mit, so daß ihn der „Klassenkampf“ trotz beständigem nicht in der Spaltung als ihren Feind betrachten muß. Er war ein ehrlicher, frommiger Vertreter der Arbeiterklasse, von echem Schlag und Korn. Möge ihm die Erde leicht sein.

Steuerungsbau der Arbeitshilfe. Entschuldigend einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen ist bei Berechnung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn die Berücksichtigung von Werbungskosten besonders bei den Bergarbeitern hinsichtlich des inlöse ihrer Berufsaktivität erwahrenden besonderen Mehraufwandes an Kleidung angeordnet. Demgemäß hat der Präsident des Landesfinanzamtes in Magdeburg am 1. Januar 1921 ab als abgesetzten Betrag für den Werbungsaufwand an Arbeitsleistung für die Bergarbeiter folgende Durchschnittssätze festgesetzt: für die unter Tage beschäftigten Arbeiter: 728 Mark jährlich, für die über Tage beschäftigten Arbeiter und die Arbeiter in den Eisenwerken: 572 Mark jährlich. Er bemerkt dazu, daß diese Beträge nur für die Werbungskosten eine Geltung haben und daß es bei der Berechnung der Veranlagungs- und Vermögenssteuern ist, diese Beträge nachzuweisen und gegebenenfalls anderweit festzusetzen.

Der Bauernrat Garschütz Halle, e. G. m. b. H., hielt am 1. Jan. in St. Nikolaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand der Beschluß über ein Bauvorhaben des Bauernrats an der Huttenstraße, nämlich die Errichtung von 18 Wohnhäusern, also im wesentlichen die Errichtung von 18 „Gartenstädten“ im Süden an der Artillerielehrer Allee, welche zur Ausführung werden, und zwar wohl auf lange Zeit, da die Ausbaufähigkeit an Straßen so hoch geworden ist, daß die Stadt J. H. Neuanlagen absehen muß. Die Zustimmung zu dem Bauvorhaben erfolgte einstimmig, man hofft, nun alle Widerstände für dieses Projekt überwinden zu können. Aus der Verammlung heraus wurden lebhaftige Klagen geäußert, wie bisher alle guten Absichten durch das unglückliche Tagelohn der Arbeiter der Behörden in Staat und Stadt aufgezehrt, ja zerstört worden seien. Es wurde bargelegt: „Schon lange vor dem Kriege ist von weitbildenden Männern die Notwendigkeit des Bauens und Siebels erkannt worden, es sind auch hier Versuche gemacht worden, den Plan erst im Norden, dann im Süden zu verwirklichen. Es hat unendlich Mühe gekostet, die Behörden zu interessieren, — umgeben wollte man sie nicht, weil ihre Geistesvorrichtungen die Entwidlung hemmen, — was sie aber erst be-

Freie Volkshäuser.

Die Stützen der Gesellschaft. Schulpöfel von Henrik Ibsen. In der geistigen Auffassung im Individualistische Ibsen. Eine erfreuliche, ja eine prächtige Gesamtleistung, deren Darsteller und Spielstätte. Die freie Volkshäuser wird durch die gelungenen Volksvorstellungen nur gewinnen. Henrik Ibsen, der große norwegische Naturalist, hat in fast allen seinen Werken die Krankheiten der kapitalistischen Gesellschaft, die Sünden des Kapitalismus am Gegenstand seiner Dichtungen gemacht. Mit üben der Kritik und heftiger Gairne hat er Anträge auf Anlage gegen jene Gesellschaftlichkeit geäußert, die der Reichtum und die Gier nach Geld zum Wirtuagier am eigenen Volke werden liebt. Ibsen warzelt mit seinen Dichtungen in der Blütezeit des Kapitalismus. Er hat diesem ein bleibendes Denkmal gesetzt. Auch in den „Stützen der Gesellschaft“. Den Konflikt Bernia, den uns Eugen Tauscher in dankenswerter Vollendung hat, hat Ibsen als ein Mutterbildnis von einem „wohlwollenden Arbeitgeber“, „jorgenden Familienvater“ und „Vater der öffentlichen Wohlfahrt“ angefaßt. Der an seiner Seite leidenden Gattin hat Charlotte von Durand die rechte Seite gegeben. Irma Grawitz war ein unternehmender Junge. Adelbert Krizmat wie immer, gemandt im Spiel und von treffender Charakteristik. Helene Hirtberg hielt nicht das, was sie im Anfang verspricht. In dem Auftritt mit Bernia sollte ihr die Innerlichkeit, die tiefe Durchdringung, Der „johannesstische“ Mundst Röheland Otto Tiedemanns sprach an. Hervorgehoben sei noch Hedwig Jousas als Dina und Dora Debede als Frau Rimmel. Die Klassikbewegungen war meisterhaft. Alle übrigen Mitwirkenden verdienen durch gutes Erscheinen in den Geist der Dichtung der Aufführung die nötige Würdigung. Ibsen hat dem Werke einen Ausweg gegeben, der manche Frage offen läßt. Die Reue und das Selbstkenntnis des Konflikt Bernia über sein bisheriges Leben und Wirken gibt gerade dieser Gesellschaft einen unumkehrlichen Schlüssel. Der Zweck, den der Dichter dabei im Auge haben mochte, besteht aber die Mittel. Die Aufführung hat die denkbar günstigste Aufnahme beim Publikum gefunden. Der Besatz war nach jedem Akt stark und herzlich. Der unpolitische Anfang stellt höfentlich keine Konzession an die dauernd Aufspätkommenden dar. W. L.

Arbeiterlohn ihre sozialen Misse kennt und darum besonders zur Beurteilung dieser Frage berufen ist, schreibt dazu:

Es ist richtig, daß mit dem Eintritt der Schwangerschaft gewaltige Veränderungen im Organismus der Mutter sich vollziehen und daß mit der Unterbrechung der Schwangerschaft diese sich plötzlich zurückbilden und damit bedeutende körperliche und geistliche Umstellungen hervorruft. Es ist ferner richtig, daß jeder willkürliche Eingriff zur Beilegung der Schwangerschaft körperliche Gefährdung der Schwangeren mit sich bringt, hierin stimmt jeder Sachverständige mit Prof. Adersbach überein. Aber es ist ebenso unrichtig, demselben die Muttersterblichkeit der Schwangeren mit Schwangerschaft, die die Fruchtabschreibung mit Schwangerschaft und Fruchtverlust, zu begründen. Ein Mensch, der gegen diese terroristischen Bestimmungen ankämpft, denkt daran, die Fruchtabschreibung zu empfehlen. Jeder ist sich bewußt, daß sie ein armerlicher Rohheits ist, der wegen seiner Unfähigkeit und Schädlichkeit möglichst bald aus der Welt geschafft werden muß, aber nicht mit Fruchtabschreibung, sondern durch Hebung der sozialen Lage, durch Erleichterung der Verrichtung, durch Hebung des sozialen Bewusstseins im einzelnen, durch Aufklärung und Beratung. Die Abschreibung der §§ 218/219 verbietet sich aus dem Grunde, weil sie bisher unholos gewesen ist und trotz ihres Bestehens die Zahl der Fruchtabschreibungen immerfort zugenommen hat und wegen des sittlichen Schadens, den sie anrichtet. Alle die zahllosen verheirateten und unehelichen Frauen, welche die Abtreibung vornehmen oder bei sich vornehmen lassen, werden so zu Verleumdungen gestempelt, darunter auch solche, welche die Fruchtabschreibung aus schwerwiegenden sozialen Gründen vorgenommen haben, um die Erziehung ihrer Familie und die Gesundheit der schon vorhandenen Kinder zu schützen.

Abzuhalten betont den seelischen Schaden, den die Fruchtabschreibung für die Frau mit sich bringt. Er ist gewiß vorhanden, wird aber dadurch erst recht verringert, daß durch das Gesetz die Frauen zur Verantwortlichkeit genommen werden, und daß als außerhalb der Gesellschaft gestellt fühlen. Dazu kommt, daß sie infolge der Abtreibung zur Gehörlosigkeit zu Kupfeln und nicht lediglich Augen geben oder zu unangenehmer Selbsthilfe gezwungen und auf diese Weise schwer geschädigt werden. Der hierdurch hervorgerufene Schaden ist ein ganz gewaltiger und dürfte mindestens nicht größer werden, wenn nach Beilegung der Strafpargraphen die Frauen sich an den Schwangerschaften wenden. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß nach Aufhebung der Strafpargraphen, velleicht nicht jetzt, aber bald die Zahl der

Fruchtabschreibungen mindestens nicht anziehen und daß die Mütter der leipziger Ertränkungen und der Todesfälle zu nehmen wird. Es ist eine unangenehme Sache, die eine Befürchtung der Arbeiterklasse, daß nach der Strafrechtsetzung alle Geister der Geist vertrieben würden und die Bevölkerungsfür sich sinken würde.

Gelingt es, die sozialen Verhältnisse anzubessern, werden von der Gesellschaft Maßnahmen getroffen, welche das Aufsteigen der Kinder erleichtern, gelingt es, die soziale und sittliche Durchbildung der Volksgenossen in erforderlichen Umfang zu verwirklichen und das Verhältnis der Geschlechter zueinander über das gegenwärtige Maß zu verbessern, dann werden trotz der Abschaffung der Strafpargraphen die Fruchtabschreibungen bis zum Verschwinden abnehmen. Gelingt es nicht, so wird es trotz Bestehung dieser Bestimmungen und trotz eventueller Verbesserungen zu unerträglich bleiben, wie es jetzt ist. Also befeigen wir die Paragraphen 218/219 oder ändern wir sie mindestens radikal ab.

Die Walfüre in Paris. Die Große Oper in Paris kündigt für nächsten Mittwoch die erste Wagner-Oper an. Es wird die Walküre gespielt. — Wenn wir darin auch noch keinen besonders großen Beweis für eine Ausübung erblicken, so ist es doch erfreulich, daß in Paris deutsche Meisterwerke überhaupt wieder aufgeführt werden können.

Eine internationale Schauspieler in Amunien. Ende Januar wird in Czernowiz eine Ausstellung eröffnet, die auch für Deutschland eine besondere Bedeutung besitzt, die internationale Bühnendagen „Le livre dans l'Europe orientale“, die der neben den Literaturen der übrigen Völker auch das deutsche Buch als Gut erscheinen wird. Die Ausstellung, die zuerst im April nach Warschau weiter verlegt wird, verlegt somit zum ersten Mal seit dem Weltkrieg, dem Gebanen der Völkervereinigung eine praktische Wirksamkeit auf allgemeiner Grundlage zu geben. Offenbar wird hier eine Anregung ausgeht, die auf deutschem Boden zuerst erwahnen ist. Während der Plan jetzt, allerdings in verkleinertem Maßstabe, an die große Leipziger Bogen vom 1914 erweiterung, in Anlehnung an das Vorbild der Ausstellung „Das deutsche Buch“ getroffen, die von der Deutschen Gesellschaft für Auslandsbuchhandel in Leipzig im Herbst 1920 in Frankfurt am Main veranstaltet wurde. Ohne Zweifel wird auch diesmal der deutsche Verlagsbuchhandel neben dem ausländischen zu Ehren stehen.

